

Privatschulen für alle

Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ bekam Rederecht im Abgeordnetenhaus

VON MARTIN KLESMANN

So viele Menschen wie gestern Sdrängen selten ins Abgeordnetenhaus. Bärtige Waldorf-Pädagogen, kritische Gymnasiasten oder Anzugträger von eher elitären Privatschulen verteilten sich auf insgesamt drei Säle. Dazu Erzieherinnen, überzeugte Basisdemokraten und engagierte Eltern – insgesamt 250 Menschen. Sie alle wollten einem Überraschungserfolg beiwohnen.

Denn die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ hat in den vergangenen Monaten mehr als 24 000 gültige Stimmen gesammelt und erhielt deshalb gestern Rederecht im Abgeordnetenhaus. Genauer gesagt im Bildungsausschuss, von wo aus die Sitzung auch in zwei andere Säle übertragen wurde. Kernforderung der Initiative ist, dass freie Schulen mehr pädagogische und organisatorische Freiheiten erhalten und finanziell den staatlichen Schulen gleich gestellt werden.

Im Sitzungssaal des Bildungsausschusses waren die Politiker deutlich in der Minderheit, als die Aktivisten der Initiative das Wort erteilt bekamen. Wer einen mündigen Bürger wolle, der brauche eine selbstverantwortliche Schule, sagte Magret Rasfeld, Leiterin der Evangelischen Gemeinschaftsschule und Aktivistin der Initiative. Der Erfolg scheint ihr recht zu geben: An der Schule bewarben sich in diesem Jahr 362 Kinder auf 75 Plätze. Und Frau Rasfeld, die sich einen breiten lila Schal umgeworfen hatte, wurde

Basis-Demokratie

Volksinitiative: Erst zum zweiten Mal wurde gestern eine Volksinitiative im Abgeordnetenhaus gehört. Rechtlich möglich ist dies seit 1995. Erstmals wurde 1999 die Initiative „Bürger gegen den Transrapid“ gehört. Das Abgeordnetenhaus entscheidet dann, ob es der Volksinitiative zustimmt. Die Transrapid-Initiative wurde abgelehnt.

Volksbegehren: Anders als eine Volksinitiative kann ein Volksbegehren wie zum Beispiel jüngst zur Offenlegung der Berliner Wasserverträge in einem dreistufigen Verfahren per Volksentscheid zum Gesetz werden.

dann sehr grundsätzlich, benannte die großen Herausforderungen der modernen Welt: demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Klimawandel, Ressourcenknappheit. Ihre Schlussfolgerung: Heutzutage müsse Schule die Persönlichkeitsentwicklung und den Mut der Schüler fördern, anstatt auf deren Anpassungsfähigkeit an ein starres Schulsystem zu achten. „Wir brauchen innovative Schulen“, sagte Rasfeld. Sie ist davon überzeugt, dass gute Schule die Welt retten kann.

Laura Ehrich, Schülersprecherin des Lennon-Gymnasiums in Mitte, berichtete dann aus Schülersicht. Sie verstehe nicht, wieso sie sich fast ein halbes Schuljahr mit Barockgedichten beschäftigen müsse, nur weil das der Lehrplan und zentrale

Tests einfordern. Ein bürokratisches System verführe Lehrer dazu, über Jahre den gleichen Unterricht anzubieten. Letztens habe sie im Biologie-Unterricht über die aktuelle Gentechnik-Debatte sprechen wollen. Das sei nicht vorgesehen, habe der Lehrer gesagt. Laura Ehrich erhielt viel Applaus. Die Ausschussvorsitzende Christa Müller (SPD) mahnte mehrmals Ruhe an. Kurt Wilhelmi, Hauptakteur der Initiative, verwies noch einmal darauf, dass freie Schulen bei finanzieller Gleichstellung kein Schulgeld mehr erheben müssten. „Sie wären dann keine Privatschulen mehr.“

Die Bildungspolitiker reagierten unterschiedlich. FDP-Politikerin Mieke Senftleben unterstützt die Initiative. Mehr Freiheit tue Schulen gut. Linke-Politiker Steffen Zillich blieb skeptisch, ob sich „auf einem Markt der Bildungsmöglichkeiten“ alle Eltern zurechtfinden. „An freien Schulen sammeln sich Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern“, mahnte er. Und SPD-Politiker Lars Oberg fragte gar, ob die Initiative wolle, dass die Scientology-Sekte Schulen betreibe. Einig waren sich die Politiker, dass Schulen ein gemeinsames Basiswissen anbieten müssen. Die Initiative fordert aber, neben dem Abitur andere Abschlüsse für ein Studium gelten zu lassen. Das Abgeordnetenhaus muss nun darüber befinden, ob es auf die Ziele der Initiative eingeht. Unwahrscheinlich. Deshalb hat Kurt Wilhelmi bereits ein Volksbegehren in Aussicht gestellt.